



Werden Ostdeutsche benachteiligt?

Bild © Metropolico

Auch unser Freistaat Thüringen wird nach wie vor westdeutsch geführt



Auf ein Wort!

Kommentar von **Stefan Möller**

30 Jahre nach der Wiedervereinigung sollte diese Frage verneint werden können. Das ist aber nicht der Fall. Stattdessen kümmert sich eine mit Steuergeldern geförderte Heerschar von Gleichstellungs-

und Integrationsbeauftragten lieber um vermeintlichen Rassismus, den sie bereits in Polizeikontrollen zu erkennen vermag, wenn diese sich gegen afrikanische Drogendealer richten und dabei logischerweise Afrikaner, nicht aber europäische Muttis mit Kindern kontrolliert werden.

Wenn einem ostdeutschen Bewerber seine Unterlagen durch den westdeutschen Arbeitgeber mit dem Vermerk „(-) OSS“ zurückgeschickt werden, interessiert das hingegen niemanden. Funkstille herrscht auch, als der so Diskriminierte dagegen klagte und vor Gericht abgewiesen wurde. Vielleicht hatte das damit zu tun, dass die Gerichte selbst in Ostdeutschland hauptsächlich von

Westdeutschen dominiert werden? Für Thüringen hat eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion zutage gefördert, dass die Gerichte auch 30 Jahre nach der Wende zu zwei Dritteln mit Westdeutschen besetzt sind. Die Führungsbeamten des Freistaates mit B-Besoldung, von deren Höhe der Durchschnittsthüringer nur träumen kann, sind nach wie vor zu zwei Dritteln westdeutscher Herkunft. Noch krasser ist das Missverhältnis im Vergleich zur Gesamtbevölkerung nur noch an unseren Universitäten und Hochschulen. Der ostdeutsche Freistaat wurde auch 2020 westdeutsch geführt.

Wie viele Ostdeutsche habe auch ich die Erfahrung gemacht, dass westdeutsche Chefs Nachwuchs für at-

traktive Positionen lieber in den alten Bundesländern rekrutieren, statt den Aufstiegswillen und die Leistungsbereitschaft der Einheimischen zu honorieren. Schon länger beschäftigen mich die Gründe für diese Abwertung unserer Landsleute. Ich vermute, dass die im Freistaat Anfang der 1990er Jahre westdeutsch besetzten Führungsetagen bei Stellenausschreibungen Bewerber mit ähnlicher Sozialisation wie der eigenen bevorzugen. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass viele westdeutsche Chefs einerseits das „Lied von Vielfalt und Toleranz“ mitsingen, andererseits aber bewusst oder unbewusst Ostdeutsche diskriminieren.

► Weiter auf Seite 2

Desinteresse der Landesregierung

Ungleichbehandlung diskriminiert alle leistungswilligen Ostdeutschen

30 Jahre nach der Wende wird doch niemand ernsthaft behaupten wollen, dass die Ostdeutschen weniger leistungsfähig oder leistungswillig sind als Westdeutsche! Doch wie so oft steckt der Teufel im Detail: Als ich im vergangenen Jahr erfuhr, dass sich auf die Ausschreibung für einen attraktiven Spitzenjob im Freistaat seltsamerweise nur Westdeutsche beworben hatten, musste ich feststellen, dass die dafür notwendigen Laufbahnanforderungen

ganz offensichtlich auf westdeutsche Lebensläufe zugeschnitten waren. Denn wenn Führungserfahrungen in Ministerien große Vorteile bieten, dort aber historisch bedingt hauptsächlich Westdeutsche sitzen, bleibt selbst besser geeigneten Ostdeutschen auch zukünftig der Zugang verwehrt.

Ostdeutsche sind keine „Minderleister“!

Was auch immer die Gründe für die offenkundige Benachteiligung Ost-

deutscher sind – das in der Antwort der rot-rot-grünen Landesregierung auf meine Anfrage wahrnehmbare Desinteresse hat nicht nur mich zutiefst verärgert. Wie kann man angesichts der statistisch erheblichen Unterrepräsentanz Ostdeutscher in den Chefetagen ernsthaft behaupten, Einstellungen würden bei uns in Thüringen nach Leistung und Befähigung erfolgen? Faktisch wälzen Linke, SPD und Grüne so die Verantwortung für die Diskriminierung auch heute noch auf die Ostdeutschen selbst ab und diskreditieren sie damit wie in den 1990er Jahren unter der CDU-Regierung faktisch als „Minderleister“.

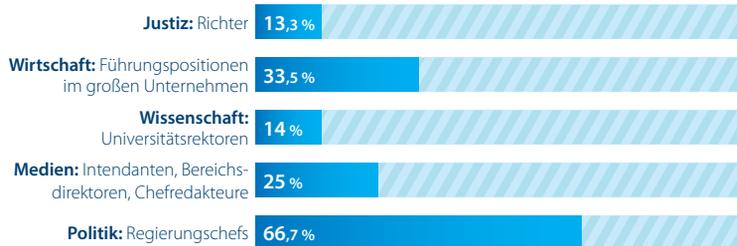
Auch wenn es absurd ist: Man kann behaupten, die Kontrolle afrikanischer Drogendealer durch die Polizei oder die Abwesenheit von Toiletten für 62 Geschlechter seien eine „Diskriminierung“. Zuckt man dann aber gleichzeitig bei der Abwertung der Ostdeutschen desinteressiert mit den Schultern, hat

man ein Glaubwürdigkeitsproblem. Es würde schon helfen, wenn man dies endlich wahrnehmen würde.

Unsere Devise: „Mehr sein als scheinen“

Wünschenswert wäre auch, wenn bei der Bewertung von potenziellen Nachwuchskräften der alte deutsche Grundsatz „Mehr sein als scheinen“ Berücksichtigung fände. Der spielt bei der ostdeutschen Sozialisation nämlich eine nicht zu unterschätzende gesellschaftsstützende Rolle, hat aber handfeste Nachteile bei oberflächlichen Vergleichen mit gelerntem „Schaumschlägern“ und „Schauspielern“. Und schließlich könnte man sich bei der Gelegenheit auch gleich von der absurden Quotenpolitik verabschieden, die schon deshalb keine Ungerechtigkeiten verhindern kann, weil sie stets neue benachteiligte Bevölkerungsgruppen schafft.

Ostdeutsche in Spitzenpositionen in Ostdeutschland



Quelle: Deutsche Gesellschaft e.V., „Ostdeutsche Eliten. Träume, Wirklichkeiten und Perspektiven“ (2017)

CDU-Scheindemokratie

Durch den „Stabilitätspakt“ wurden viele CDU-Wähler von eigener Partei getäuscht

Haben wir eine Demokratie in Thüringen? Zweifel daran nahmen im letzten Jahr massiv zu. Es ist Definitionssache: Geht man – wie etwa noch zur Zeit der Wende oder in der Verfassung – davon aus, dass in einer Demokratie das Volk durch Wahlen die Gestaltung der Machtverhältnisse bestimmt, wird es schwierig. Demokratisch gewählt wurde als Ministerpräsident jedenfalls nicht Ramelow. Der wurde erst im sechsten Wahlgang als Ministerpräsident faktisch „erzungen“, nachdem der tatsächlich frei gewählte Kemmerich durch demokratisch nicht legitimierte Kräfte und Gewalt zum Rücktritt gezwungen worden war.

Im Landtag erfüllt die Willensbildung seitdem nicht die demokratischen Grundanforderungen: Unsere Fraktion als Vertreterin von 23 Prozent der Wähler wird komplett ausgegrenzt, samt Verweigerung des offensichtlichen Rechtsanspruchs auf Vertretung

in wichtigen Parlamentsgremien wie der Geheimdienstkontrolle. Faktisch ignoriert werden zudem die fünf Prozent FDP-Wähler, ebenso ein Teil der CDU-Wähler, die tatsächlich dem Wahlversprechen geglaubt hatten, die CDU würde rot-rot-grüne Politik verhindern. Sie alle wurden getäuscht. Die CDU schloss mit Linken, SPD und Grünen einen „Stabilitätspakt“ und ist damit Mehrheitsgarant für deren Politik geworden. Das geht so weit, dass die politische Willensbildung unter Ausschluss der anderen Vertreter in den Fraktionsräumen der Stabilitätspakt-Parteien stattfindet. In den Ausschüssen und im Plenum werden meistens nur noch Scheindebatten abgspult.

Ein offener Austausch und die Berücksichtigung von Argumenten aller Wähler sind offenkundig nicht gewollt. Zwar wird viel von „Teilhabe“ geschwätzt, aber wenig von ihr gehalten. So werden Anhörungen zu reinen Scheinveranstaltungen, für die CDU,



SPD, Linke und Grüne die Anhörungsfristen derart kurz festlegen, dass echte Experten es kaum schaffen, Stellung zu nehmen. Formal wahrnt man so die Form, verhindert faktisch aber, dass die festgelegte politische Linie durch gegenläufige Standpunkte gefährdet wird. Gehör finden nur Argumente

derer, die aufs Engste mit CDU und Rot-Rot-Grün verflochten sind. All das ist Folge einer neuen Definition: Demokratie ist demnach eine Frage der „richtigen Haltung“. Mindestens 40 Prozent der Wähler – von AfD, FDP und CDU – sind dafür nicht genug „auf Kurs“.

Im Landtag: Die AfD wirkt!

Eine starke AfD-Fraktion ist für Thüringen auch in Zukunft unverzichtbar



Ich muss immer schmunzeln, wenn Abgeordnete der roten und grünen Parteien ans Rednerpult des Thüringer Landtages treten: Sie beginnen ihren Beitrag gebetsmühlenartig mit der Begrüßung der „demokratischen Fraktionen“. In letzter Zeit ist zu beobachten, dass diese Floskel auch von Abgeordneten der CDU verwendet wird. Man fühlt sich an die Phrasen der DDR-Funktionäre erinnert. Oppositionelle wurden dort wahlweise als „Rowdys“, „subversive Elemente“ oder „Konterrevolutionäre“ diffamiert. Und selbstverständlich war die DDR, wie ihr Name schon sagt, ein lupenreiner demokratischer Staat – so jedenfalls die erklärte Sicht der damaligen Machthaber, die teilweise heute in Thüringen wieder an den Schalthebeln sitzen.

Dass es der weit nach links abgerutschten Merkel-CDU nicht schwerfällt, den verlogenen DDR-Sprech von der Ramelow-Regierung zu übernehmen, verwundert nicht, war doch schon die Ost-CDU Teil des SED-dominierten Blockparteiensystems. Diese Parteien sind auch heute inhaltlich kaum zu unterscheiden. Sie vertreten bizarre Positionen zu EU und Eurorettung, zu Masseneinwanderung und Multikulturalisierung – und beschimpfen jeden, der nur ein paar Millimeter davon abweicht, als „Extremisten“. Thüringen

befindet sich bei dieser besorgniserregenden Entwicklung ganz vorne. Die einzige politische Kraft, die sich nicht in diese fade Einheitssoße einrühren lässt, ist die AfD-Fraktion. Wir sind gerade in Thüringen besonders stark, frei nach dem Motto: Wo die Gefahr steigt, wächst auch das Rettende! Als führende Oppositionskraft sind wir nicht nur die wichtigste Bürgerstimme der Vernunft im Landtag, sondern wirken auch ohne Regierungsbeteiligung in die politische Gestaltung des Landes mit hinein.

In der laufenden Legislaturperiode haben wir die verschlissenen Parteien gestellt und der Regierung mit zwei Großen und fast 700 Kleinen Anfragen auf die Finger geguckt. In neun Gesetzesentwürfen und 36 Anträgen haben wir uns konstruktiv für eine Verbesserung der Bildung, für eine Stärkung der Familien, für eine Entlastung des Mittelstandes oder einen Stopp weiterer Zuwanderung eingesetzt. Alle unsere parlamentarischen Initiativen wurden von den „demokratischen“ Fraktionen ohne ernsthafte Diskussion abgelehnt – eine reine Blockadehaltung. Doch die AfD-Fraktion klärt die Menschen nicht nur über die bürgerfeindlichen Politikansätze der Regierenden auf, sie wirkt auch konkret im Interesse der Bürger! Im Frühjahr 2019 ließ sich Bodo Ramelow nach fünf vergeblichen Anläufen (!) zum Ministerpräsidenten

wählen. Als ich ihm zur Wahl gratulieren wollte, verweigerte er mir den Handschlag. Seine Arroganz und Missachtung der parlamentarischen Gepflogenheiten sind nicht nur ein weiterer Beleg seiner Respektlosigkeit, sie deuten auch auf ein schlechtes Gewissen hin. Profitierte Ramelow doch von einem beispiellosen Vorgang: Nachdem der Thüringer Landtag in freier und geheimer Wahl Thomas Kemmerich von der FDP zum Ministerpräsidenten gewählt hatte, erklärte Merkel aus dem fernen Afrika, diese Wahl sei unverzeihlich und müsse rückgängig gemacht werden – eine dreiste und demokratieverachtende Einmischung der Bundeskanzlerin in die Angelegenheit eines eigenständigen Bundeslandes!

Nicht die AfD-Abgeordneten, die ihre Stimme gemäß der Landesverfassung und der Geschäftsordnung des Landtages abgaben, sorgten für einen Eklat, sondern die führenden Vertreter der Blockparteien, die eine legitime demokratische Wahl einfach rückabwickelten. Die Botschaft an das missachtete Wahlvolk lautete: Wählen dürft ihr schon, aber bitteschön nicht, wen ihr wollt! Den selbsternannten Gralshütern der Demokratie verurteilte vor aller Augen die pseudo-demokratische Maske und zeigte den Bürgern ihre ganze Verlogenheit.

Beispiele dafür, wie sich die AfD-Fraktion erfolgreich für die Demokratie und Bürgerinteressen eingesetzt hat:

Mit dem sogenannten Paritätsgesetz wollte die rot-rot-grüne Minderheitsregierung ein zentrales Prinzip unserer Verfassung dem grassierenden Quotenwahn opfern. Statt „unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahlen“ sollten den politischen Parteien nach Männern und Frauen paritätisch besetzte Landeslisten per Gesetz vorgeschrieben werden. In einem Normenkontrollverfahren zogen wir vors Landesverfassungsgericht, das die Verfassungswidrigkeit des Gesetzes feststellte: Die AfD-Fraktion wirkt!

Die zwangsbeitragsfinanzierten öffentlich-rechtlichen Sender, die immer wieder mit maßlosen Intendantengehältern und unverhohlener Regierungspropaganda negativ auffallen, sind ein wachsendes Ärgernis für die Menschen geworden. Wir haben daher ein bürgerfreundliches „Grundfunkkonzept“ entwickelt, das einen radikal verschlankten, neutral berichtenden öffentlich-rechtlichen Rundfunk vorsieht, und deshalb den Medienänderungsstaatsvertrag abgelehnt. Im Zusammenwirken der AfD-Fraktionen aller deutschen Landtage ist es gelungen, die von den überbezahlten Intendanten des Staatsfunks frech geforderte Beitragserhöhung abzuwenden: Die AfD-Fraktion wirkt!

Ebenso hat sich die AfD als einzige relevante Kraft konsequent gegen Windkraftanlagen positioniert. Jedes neue Windrad verschandelt nicht nur unsere Thüringer Landschaft, es vergrößert auch die Wahrscheinlichkeit eines „Blackouts“ und erhöht die exorbitant hohen Strompreise in Deutschland und Thüringen weiter. Durch den großartigen Einsatz von Bürgerinitiativen und den parlamentarischen Druck der AfD wurde eine Änderung des Waldgesetzes beschlossen und dadurch der Bau von Windkraftanlagen im Wald vorerst verhindert: Die AfD-Fraktion wirkt!

Diese wenigen Beispiele zeigen: Eine starke AfD-Fraktion ist für Thüringen auch in Zukunft unverzichtbar. Deshalb bitte ich Sie: Unterstützen Sie uns in diesem wichtigen Superwahljahr 2021, bewahren Sie mutigen Bürgersinn und gesunden Menschenverstand, stehen Sie mit uns ein für eine lebenswerte Heimat Thüringen!



Langfristige Ziele für die Zukunft

Ob innere Sicherheit oder Landtagsverkleinerung – die AfD-Fraktion bleibt dran!

Ende 2014 erstmals in den Landtag eingezogen, ist die AfD mittlerweile aus der Thüringer Landespolitik nicht mehr wegzudenken. Durch das exzellente Wahlergebnis von 2019, durch das unsere Fraktion über 22 Abgeordnete verfügt, ist die AfD die zweitstärkste Partei im Landtag und stellt damit auch die größte Oppositionsfraktion. Viel wurde bisher erreicht – noch mehr allerdings liegt vor uns. Wir haben uns hochgesteckte Ziele gesetzt, die nicht zuletzt angesichts der fragwürdigen Mehrheitsverhältnisse im Thüringer Landtag und der systematischen Ausgrenzung der Opposition einen langen Atem brauchen. Einige Themen sollen hier exemplarisch vorgestellt werden:

Durch die Corona-Beschränkungen und deren Auswirkungen auf das gesellschaftliche, wirtschaftliche und private Leben scheint die Migrationsproblematik, die insbesondere seit dem Herbst 2015 für gewaltige Verwerfungen gesorgt hat, in den Hintergrund getreten zu sein. Doch der Schein trügt: Auch weiterhin reisen Migranten illegal über die nach wie vor offenen deutschen Grenzen ein, ohne dass auch nur der geringste Anspruch auf Asyl bestehen würde, während in der Bundesrepublik Zehntausende abgelehnte Asylbewerber geduldet und auf Kosten der Steuerzahler alimentiert werden. Wir kämpfen dafür, dass die illegale

Einreise nach Deutschland nachhaltig unterbunden wird und das Recht auf Asyl ausschließlich denen vorbehalten bleibt, die tatsächlich politisch verfolgt werden. Zudem setzt sich die AfD mit Nachdruck dafür ein, dass alle illegal eingereisten und geduldeten Ausreisepflichtigen unser Land zu verlassen haben. Dies gilt insbesondere für jene Ausreisepflichtigen, die strafrechtlich relevant in Erscheinung getreten oder extremistisch aufgefallen sind.

Stärkung der direkten Demokratie

Ein weiteres wichtiges Augenmerk ist die Stärkung der direkten Demokratie. Zunehmend haben sich die Kartellparteien den Staat zur Beute gemacht. Zur Entlastung der Steuerzahler fordert die AfD eine Verkleinerung des Landtages von derzeit regulär 88 auf 62 Parlamentarier und setzt sich aktiv für einen Ausbau der direkten Demokratie ein, durch die die Bürger unmittelbar an der politischen Entscheidungsfindung beteiligt werden können. Dazu ist es notwendig, die Hürden für die Durchführung von Volksbegehren und die Quoren für alle direktdemokratischen Verfahren deutlich abzusenken. Schließlich müssen die Bürger bei Verfassungsänderungen zwingend beteiligt werden und über entsprechende Änderungen abstimmen dürfen. Wir treten für einen Rechtsstaat ein,

in dem sich jederzeit alle – insbesondere Frauen – ohne Angst in der Öffentlichkeit bewegen können. Daher ist die Verbesserung der inneren Sicherheit eines der Themen, die ganz oben auf unserer politischen Agenda stehen. Nicht zuletzt die

Neben einer personellen Aufstockung und der besseren Ausbildung zukünftiger Polizeibeamter streben wir eine Stärkung unserer Landespolizei durch eine zeitgemäße Ausstattung sowie eine angemessene Bezahlung an, die mit einer leistungsgerechten Be-



Der innenpolitische Sprecher Ringo Mühlmann legt im Februar eine Ergänzung zum Kriminalitätsatlas des Landeskriminalamtes vor.

überdurchschnittlich hohe Kriminalitätsrate der Zugewanderten ist für die Erosion unserer Sicherheit verantwortlich, wie die Statistik zweifelsfrei belegt. Schuld an der Gefährdung der inneren Sicherheit ist allein die Landespolitik, die die Arbeit unserer Polizei seit geraumer Zeit durch ihre verfehlte Spar- und Personalpolitik behindert und den Beamten die notwendige Rückendeckung verweigert.

förderungspraxis einhergeht. Zudem fordert die AfD-Fraktion die konsequente Ahndung sämtlicher Attacken auf Polizisten und Gerichtsvollzieher, auf Bedienstete der Ordnungsämter, Feuerwehren, Rettungsdienste und des Technischen Hilfswerks. Wichtig ist auch, das Engagement in den Feuerwehren, den Rettungsdiensten oder dem Technischen Hilfswerk endlich wieder stärker zu würdigen.

Wofür Ihre Steuern draufgehen...

RRG und CDU verschleudern Millionensummen für Migration und Asyl

Der Landeshaushalt für 2021 wurde im Dezember mit den Stimmen von Linken, SPD, Grünen und CDU verabschiedet. Kaum ein Beschluss dokumentiert vergleichbar eindrucksvoll, wie wenig diese politischen Kräfte sich den Interessen unseres Volks verpflichtet sehen. Beispielhaft erläutern kann man dies an den Teilbereichen des Asylhaushaltes und – in Zeiten der Corona-Krise besonders interessant – der medizinischen Versorgung.

Dabei steckt sogar in „kleinen“ Beträgen Brisanz: So weisen die Unterlagen zur Haushaltsplanung veranschlagte Reinigungskosten in Höhe von über 800.000 Euro aus. Wohlgermerkt allein für die Asylunterkunft in Suhl – eine von vielen im Land. Wie will man eigentlich Migranten integrieren, die nicht mal in der Lage sind, ihre eigene Unterkunft selbst sauber zu halten? Die Antwort gibt der Haushaltsplan: Indem man unter anderem



Für ihre Bedürfnisse ist gesorgt: Prioritäten der Landesregierung...

6,1 Millionen Euro für die „Integrationsförderung“ bereitstellt und in anderen Budgets weitere Millionen dafür versteckt. Ob man den Teilnehmern von Integrationskursen auch den Gebrauch eines Wischlappens vermittelt? Skepsis scheint angebracht.

Asylhaushalt von weit über 100 Millionen Euro

Etwa 21 Millionen Euro stellen Linke, SPD, Grüne und CDU zudem erneut

für die Gleichstellung von Sozialmigranten mit Thüringer Kassenpatienten bereit. Es lohnt sich also weiterhin, mit schlechtem Zahnstatus oder anderen Gesundheitsproblemen aus dem Kosovo nach Thüringen zu reisen, „Asyl“ zu fordern und sich auf Steuerzahlerkosten behandeln zu lassen. Währenddessen müssen viele Thüringer ein halbes Jahr auf manche Facharzttermine warten. Thüringer Krankenhäuser sind von der Abwicklung aus Kosten-

gründen bedroht und haben teilweise Stationen trotz Behandlungsbedarfs stillgelegt. Wie viele Facharztpraxen könnte man allein in Thüringen von diesem Geld jährlich finanzieren? Denken Sie bitte auch daran, wenn Sie den wieder erhöhten Krankenkassenbeitrag überweisen. Die Rechnung kommt mit freundlichen Grüßen von Linken, SPD, Grünen und CDU, denn die 21,5 Millionen Euro Steuergeldzuschuss reichen bei weitem nicht.

Verantwortungsbewusste Politiker würden allein mit dem weit über 100 Millionen Euro starken Asylhaushalt Krankenhäuser finanzieren, Ärzte und Lehrer einstellen, Schulen sanieren oder den Infektionsschutz für die eigenen Bürger sicherstellen. Doch stattdessen wird das Geld genommen, um Thüringen in einen multikulturellen Staat zu transformieren. Das ist der Grund, warum die AfD-Fraktion gegen den Haushalt gestimmt hat.

Von **Stefan Möller** (Mdl)

Kulturkampf um unsere Verfassung

Meinungs- und Versammlungsfreiheit sind der Landesregierung ein Dorn im Auge

Die Thüringer Verfassung dient dem Ziel, den Bürger vor staatlichen Zumutungen zu schützen und Ideologen am Totalumbau des Staates zu hindern. Linke, SPD und Grüne haben jedoch erkannt, dass die Garantie von Meinungs-, Vereins- und Versammlungsfreiheit die Akzeptanz ihrer Ziele bedroht – allen voran die

Transformation unseres Landes in eine multikulturelle Gesellschaft. Im Rahmen des Stabilitätspakts zwischen Rot-Rot-Grün und CDU wurde daher nicht nur die Wiederwahl Ramelows zum Ministerpräsidenten abgesprochen, sondern auch die Gründung eines Verfassungsausschusses. Die genannten Parteien peitschen eine

Vielzahl von Änderungsvorschlägen zur immerhin per Volksentscheid legitimierten Verfassung derart rüde durch, dass eine ernsthafte Prüfung unmöglich ist. Gravierende Auswirkungen dürfte das Ziel von Rot-Rot-Grün haben, der Verfassung und jedem Bürger einen „antifaschistischen“ Abwehrauftrag zu verpassen – auch wenn die Experten aus den Vorfeldorganisationen von Linken, SPD und Grünen bei der Anhörung nicht einmal erklären konnten, was als „rassistisch“ abzuwehren sei. Überdeutlich wurde das Ziel, diese Begriffe so flexibel auszulegen, dass man Asylkritiker und andere politische Gegner ins Visier nehmen kann. Ähnlich verfuhr die SED/Linke zu DDR-Zeiten mit der Mauer. Die wurde einfach zum „antifaschistischen Schutzwall“ erklärt, hatte freilich aber einen anderen Zweck. Vergleichsweise harmlos mutet dagegen das vorgeschlagene Staatsziel

der Ehrenamtsförderung an. In der Anhörung wurde aber schnell klar, dass es um eine enge Bindung der Vereinswelt über die Vereinsförderung geht – und zwar an Rot-Rot-Grün und die CDU. Die von der AfD-Fraktion geforderte politische Neutralitätspflicht für staatlich geförderte Vereine wurde abgelehnt. Auf die Frage, ob ein Fußballverein, der sich der „Förderung des Deutschtums“ verpflichtet sieht, ebenfalls staatlich förderungswürdig sei, kam sinngemäß die Antwort, dass dies „undemokratisch“ sei und entsprechend zu behandeln wäre. Linke kurdische Heimatvereine dürfen dagegen wie bisher auf Milde hoffen. Das Ziel, über die Vereinsförderung ein politisches Steuerungsinstrument zu erhalten, ist überdeutlich. Es bleibt die Feststellung: Das Ende der DDR kam durch deren Bürger. Der Weg zur DDR 2.0 führt über Verfassungsänderungen.

Von **Stefan Möller** (Mdl)

Wer hätte das gedacht: 30 Jahre nach der Wende ist die CDU in Thüringen wieder bereit, zusammen mit der umbenannten SED einen Gesinnungsstaat zu etablieren – denn nichts anderes ist der Fall, wenn ideologische Vorgaben in der Verfassung festgeschrieben werden.



Bildung ist unsere wichtigste Ressource

Kostenfreie Meisterausbildung und angemessene Gründungsprämien

Seit jeher lebt unser Mittelstand von gut ausgebildeten, wertschöpfenden Mitarbeitern, die im dualen System an den Berufsschulen unterrichtet werden. Handwerkliche Fähigkeiten werden den zukünftigen Fachkräften vor Ort in den Ausbildungsbetrieben durch erfahrene Meister vermittelt. Um eine Gleichbehandlung zwischen akademischer und beruflicher Bildung herzustellen, durch die die bewährte duale Ausbildung wieder attraktiver würde, setzt die AfD-Fraktion auf eine kostenfreie Meisterausbildung.

Der von Rot-Rot-Grün und CDU im vergangenen Jahr verabschiedete Meisterbonus nebst Gründungsprämie greift allerdings zu kurz. Nach vollmundigen Versprechungen sind sie weit hinter ihren eigenen Forderungen geblieben und immer weiter zurückgerudert, um sich schließlich auf gerade einmal die Hälfte der ursprünglich vorgesehenen finanziellen Mittel zu verständigen.



Bild: PantherMedia / Arne Trautmann

Die AfD hat die Landesregierung mit einem Alternativantrag aufgefordert, neben dem Handwerksmeister eine ebenso kostenfreie Ausbildung zum Techniker, Industriemeister, Polier, Fachwirt und Fachkaufmann in Thüringen zu gewährleisten – unter der Maßgabe, dass die Förderung

an einen längerfristigen Verbleib in Thüringen gebunden wird. Mit einer Gründungsprämie von 15.000 Euro – abhängig von den geschaffenen oder gesicherten Arbeitsplätzen – sollen zudem Unternehmensnachfolgen, Firmen- und Betriebsübernahmen sowie Neugründungen unterstützt werden,

um den Mittelstand wieder voranzubringen. Unser Hauptaugenmerk liegt weiterhin darauf, den dringend benötigten Nachwuchs zu fördern, Qualität und Traditionen zu erhalten sowie die Ungleichbehandlung der verschiedenen Bildungswege zu beenden.

Von **Uwe Thrum** (Mdl)



<https://t.me/joinchat/AAAAAFMd5BPX3Z1jfwssOA>

Folgen Sie uns auf Telegram

Wir leben in bewegten Zeiten,

wenn selbst der vermeintlich mächtigste Mann der Welt, der US-Präsident, zensiert werden kann. Das gab es noch nie! Zur Zeit findet auf den **prominenten Plattformen** der Sozialen Netzwerke eine **beispiellose Zensurwelle** statt. Schon seit längerem werden patriotische Medien auf Facebook, Youtube, Twitter, Instagram & Co. mundtot gemacht. Aber **auch Kritiker der Corona-Politik der Bundesregierung und Impfskeptiker werden wegen ihrer unliebsamen Meinung gelöscht!** Lassen Sie sich das nicht bieten und bleiben Sie mit den Informationsquellen Ihrer Wahl in Kontakt. Als AfD-Fraktion fordern wir Sie auf: Unterstützen Sie alternative Medien und machen Sie die Gegenöffentlichkeit stark. Zeigen Sie sich solidarisch!

Darüber hinaus können Sie auch gerne unseren Telegram-Kanal abonnieren



Impressum

V.i.S.d.P.: Björn Höcke

Bürgerinformation der
AfD-Fraktion im
Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Auflage: 800 000 Stück

 @afd-thl

 www.afd-thl.de

 @afd-landtags-tv

AfD | **FRAKTION THÜRINGEN**

Kriminalitätsatlas lässt Fragen offen

Wann haben Sie das letzte Mal in Ihrer Tageszeitung eine Statistik gelesen, die Sie über die Anzahl der Straftaten, die in Thüringen von Migranten begangen wurden, aufklärte? Mutmaßlich noch nie. Doch was ist daran schlimm, wenn man einräumen würde, dass fast 16 Prozent aller polizeilich erfassten Straftaten im Freistaat im Jahr 2019 von Ausländern begangen wurden? Warum lesen Sie diesen Fakt eigentlich nie im Zusammenhang mit der offiziellen Ausländerquote in Thüringen: 4,9 Prozent? Würde es Sie interessieren, dass im selben Jahr sogar fast 28 Prozent aller Delikte der Gewaltkriminalität von Ausländern begangen wurden? Vielleicht würde es Sie auch interessieren, dass die Landesregierung in der Antwort zu meiner Kleinen Anfrage als innenpolitischer Sprecher der AfD-Landtagsfraktion die Meinung vertritt: „Eine überproportionale Beteiligung nicht-deutscher Tatverdächtiger kann für die Landeshauptstadt Erfurt nicht festgestellt werden.“ Dies verwundert jedenfalls, denn in der Landeshauptstadt sind fast 23 Prozent aller festgestellten Tatverdächtigen Ausländer.

Die Kenntnis dieser Zahlen ist zwingende Voraussetzung, um die Ursachen dieser Überproportionali-

tät zu ergründen. Wer dies negiert, hat kein Interesse an den Ursachen und an deren Lösung und bereitet damit sowohl Ausländerfeindlichkeit als auch Hass und Hetze erst den notwendigen Nährboden.

für Thüringen sowie für alle Kreise und kreisfreien Städte, übersichtlich aufbereitet, aufzeigt. Da Ihnen diese Fakten an anderer Stelle vorenthalten werden, übernehmen wir als größte Oppositionsfraktion im



Da Ihnen Ihre Tageszeitung derartige Zahlen eher selten präsentiert, wird die AfD-Fraktion ab sofort einmal im Jahr eine Broschüre veröffentlichen, die derartige Zahlen

Thüringer Landtag diese Aufgabe und leisten damit einen Beitrag zu mehr notwendiger Transparenz und Offenheit.

Von Ringo Mühlmann (Mdl)

Landesaufnahmeanordnung für Syrien:

Abschiebungen ermöglichen!

Nachdem eine Handvoll „Flüchtlingsinitiativen“, die tatkräftig im nebulösen, dafür umso lukrativeren Asylgeschäft mitmischen, massiven Druck auf den grünen Minister für Migration, Justiz und Verbraucherschutz ausgeübt hatte, ließ der sich nicht lange bitten: Kurz entschlossen unterzeichnete Dirk Adams eine umstrittene Verfügung, durch die die Landesaufnahmeanordnung für Syrien bis Ende 2022 verlängert und damit die Einreise von Menschen aus dem ehemaligen Kriegsgebiet zu hier lebenden Verwandten erleichtert werden soll. Es versteht sich von selbst, dass sich unsere AfD-Fraktion einer Verlängerung dieser Landesaufnahmeordnung entschieden widersetzt hat und auch weiterhin gegen einen Zuzug von Familienangehörigen einsetzen wird. Die Verlängerung des Landesaufnahmeprogramms dient einzig und allein der Verfestigung des Aufenthalts von Syrern im Freistaat, um sie langfristig – samt ihren Familien – in Thüringen anzusiedeln. Dies entspricht zwar den rot-rot-grünen Zielvorstellungen eines multikulturell transformierten Thüringens, nicht aber dem Gedanken des Asylrechts.

Angeichts des aktuellen Höchststandes an ausreisepflichtigen Ausländern in Thüringen fordert die AfD mit Nachdruck, auch in Zeiten des Corona-Lockdowns weiterhin Abschiebungen von abgelehnten Asylbewerbern durchzuführen. Dies war von den „Flüchtlingsorganisationen“ nicht nur abgelehnt worden, vielmehr sollte wegen der vermeintlich schlechten Hygienebedingungen in den Auffanglagern eine große Anzahl an Migranten in die Bundesrepublik verbracht werden. In einer Erklärung wies die AfD-Fraktion auf die Widersprüchlichkeit der von den steuergeldfinanzierten Vorfeldorganisationen der rot-rot-grünen Koalition gestellten Forderungen hin: „Wer keine Bedenken hatte, Migranten während der Corona-Krise einreisen zu lassen, sollte auch keine Bedenken beim Abschieben haben!“

MDR: Die Spinne im Netz

Neuer Staatsvertrag öffnet linkem Populismus Tür und Tor

Auf eine Neustrukturierung des AMDR-Staatsvertrages, der die rechtliche Grundlage für das Rundfunksystem der drei Bundesländer bildet, haben sich die Ministerpräsidenten von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen verständigt. Anders als der Rundfunkfinanzierungs- oder der Rundfunkänderungsstaatsvertrag regelt der MDR-Staatsvertrag den Programmauftrag und die Zusammensetzung von Gremien. Außer jahrelangen Debatten ist bis in den Dezember letzten Jahres hinein nicht viel passiert, um der seit 1991 gültigen Vereinbarung eine Neufassung zu verpassen, die zeitnah den Landtag passieren soll. Und die hat es in sich:

Überall schimmert der linksgrüne Zeitgeist durch, wie bereits die Präambel verdeutlicht, nach der dem MDR „eine publizistische Bündelungswirkung und Einordnungsfunktion“ zukommt – und damit genau das Gegenteil von Neutralität, Objektivität und Vielfalt. Wer den Vertrag etwas intensiver studiert, dem fällt zudem auf, dass das Wort „Programm“ weitgehend durch „Angebot“ ersetzt wurde. Finanziert durch Ihre Rundfunkgebühren, ist eine massive Ausweitung des Internetangebots geplant, durch die sich der MDR online wie eine Spinne im Netz ausbreiten wird. Ganz offensichtlich soll der MDR noch stärker zu einem Instrument der poli-

tischen Indoktrination unserer Bürger ausgebaut werden. Durch die ebenfalls links-ideologisch motivierte Zusammensetzung des Rundfunkrats wird dem politischen Missbrauch Tür und Tor geöffnet, was der Programmvielfalt nicht zuträglich sein wird. Während den Vertretern von Migranten- und LSBTTIQ-Verbänden zukünftig ein fester Sitz im Rundfunkrat eingeräumt wird, muss die politische Opposition erst in einem komplizierten Verfahren gewählt werden. Diesen zutiefst antidemokratischen Bestrebungen wird die AfD mit allen ihr zur Verfügung stehenden parlamentarischen Mitteln den Kampf ansagen!

Von Jens Cotta (Mdl)



Prof. Dr. Michael Kaufmann, am Rande einer Demonstration von Windkraftgegnern: Der energiepolitische Sprecher der AfD-Fraktion hat großes Verständnis für die Kritiker der Windkraftanlagen und bringt ihren Protest in den Landtag.

Unsere Heimat ist nicht erneuerbar!

Das im Dezember verabschiedete Windkraftverbot in Wäldern ist eine Mogelpackung

In der Landtagssitzung am 18. Dezember 2020 wurde eine Änderung des Thüringer Waldgesetzes beschlossen. Dabei handelte es sich um eine gemeinsame Vorlage der CDU und der FDP, die aus einem Satz und einer wichtigen Schlussbestimmung besteht. Dieser Satz in § 10 lautet: „Eine Änderung der Nutzungsart zur Errichtung von Windenergieanlagen ist nicht zulässig.“ Damit wird das von vielen Bürgerinitiativen, Naturfreunden, Anwohnern und der AfD geforderte Verbot der Errichtung von Windkraftanlagen in unseren Thüringer Wäldern beschlossen. In einer nächtlichen Kungelrunde mit Linken, SPD und Grünen um den Haushalt für 2021 hatte die CDU dieses Zugeständnis gegen den Widerstand vor allem der Grünen durchgesetzt.

Für die AfD ist dieses Gesetz zumindest ein erster kleiner Schritt hin zu einer verantwortungsbewussten Energiepolitik, die auch die Thüringer Umwelt im Blick behält. Deshalb stimmte die AfD-Landtagsfraktion zu. Zumindest vorerst wird es nun keine Neubauten von Windkraftanlagen in unseren Wäldern geben. Vorerst – denn das

Gesetz ist eine Mogelpackung und hat ein eingebautes Ablaufdatum!

Grüne stimmen gemeinsam mit der AfD-Fraktion gegen Windkraft im Wald

Interessant war das Abstimmungsverhalten der Grünen-Fraktion. Eigentlich sind die Thüringer Grünen vehemente Befürworter der Windkraftnutzung – trotz gewaltiger Schäden an der Natur und trotz der immer bedrohlicheren Destabilisierung unserer Stromversorgung. Da die Regierung Ramelow bekanntlich keine Mehrheit hat, war sie für die Zustimmung zum Haushalt gezwungen, die CDU mit ins Boot zu holen und eben das Windkraftverbot im Wald zu akzeptieren. So stimmten schließlich nicht nur Linke und SPD, sondern auch die Grünen an der Seite der AfD-Fraktion gegen die Windkraft. Zwei grüne Abgeordnete fühlten sich nach der Stimmabgabe offenbar so unwohl, dass sie ihr Abstimmungsverhalten in persönlichen Erklärungen gegenüber ihren Anhängern rechtfertigen mussten. Da hing wohl bei manchem Grünen-Abgeordneten der Hausseggen schief...

Mogelpackung mit Ablaufdatum

Der Pferdefuß des Gesetzes steht in den Schlussbestimmungen: In § 67 wird festgelegt, dass bis zum 31. Dezember 2023 eine Evaluierung des Windkraftverbots durchgeführt werden soll. Das heißt, in knapp drei Jahren wird überprüft, ob die Ausbauziele für „Erneuerbare Energien“ auch mit dem Windkraftverbot einzuhalten sind. Letztlich ist das Verbot damit zeitlich begrenzt bis Ende 2023. Es ist leicht vorstellbar, wie diese Evaluierung unter Federführung einer rot-rot-grünen Regierung ausgehen wird. Der viel beschworene Rechtsfrieden wird so nicht gewahrt. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Prof. Mario Voigt, der sich sehr für die Änderung des Waldgesetzes eingesetzt hat, spricht nicht gern über diese Schlussbestimmung. In seinem Wahlkreis im Saale-Holzland-Kreis sitzen ihm starke Bürgerinitiativen im Nacken, die die Zerstörung ihrer Region durch Windräder fürchten. Keine gute Voraussetzung für den angestrebten Wahlkampf 2021. Warum hat Prof. Voigt dieser zeitlichen Begrenzung des Gesetzes zugestimmt?

Hat er sich von Rot-Rot-Grün über den Tisch ziehen lassen? Oder täuscht er bewusst die Bürger, um gute Stimmung für die Landtagswahl zu verbreiten?

Der Kampf gegen die Zerstörung unserer Heimat durch Windkraftanlagen geht weiter!

Die im Dezember beschlossene Änderung des Waldgesetzes ist nur ein Teilerfolg. Durch die Evaluierung bis Ende 2023 haben CDU und FDP ein Ablaufdatum in ihrer Gesetzesvorlage akzeptiert. Die CDU tritt für Neuwahlen im Jahr 2021 ein und könnte damit erneut zum Steigbügelhalter einer rot-rot-grünen Regierung im Landtag werden. Man kann getrost davon ausgehen, dass unter solchen Verhältnissen ab 2024 wieder Windräder in Wäldern errichtet werden dürfen. An alle Bürgerinitiativen, Naturfreunde und betroffenen Bürger im Land ergeht deshalb der Aufruf: Unser Kampf gegen die Zerstörung unserer Heimat und für eine vernünftige Energiepolitik geht weiter. Denn unsere Heimat ist nicht erneuerbar!

Von Prof. Dr. Kaufmann (Mdl.)